

Europagespräche des Instituts für Geschichte, Stiftung Universität Hildesheim

20.11.2014 Prof. Dr. Otmar Issing: Währungs-Wirtschaftsunion und Banken-Fiskalunion - Europa auf dem Weg zur Politischen Union?

Zum Referenten: Otmar Issing studierte Klassische Philologie an der Universität Würzburg, wechselte 1955 zur Volkswirtschaftslehre, studierte in London und Paris und legte 1960 an der Universität Würzburg das Examen zum Diplom-Volkswirt ab. Von 1960 bis 1966 war er dort wissenschaftlicher Mitarbeiter, promovierte 1961 über „Monetäre Probleme der Konjunkturpolitik in der EWG“ und habilitierte sich 1965 mit der Arbeit „Leitwährung und internationale Wirtschaftsordnung“. 1967 wurde er Direktor des Instituts für Internationale Wirtschaftsbeziehungen an der Universität Erlangen-Nürnberg; 1973 wechselte er auf den Lehrstuhl für Volkswirtschaftslehre, Geld und Internationale Wirtschaftsbeziehungen an der Universität Würzburg. Weitere Lehr- und Forschungsaufenthalte führten ihn an die Philipps-Universität Marburg, die University of Michigan in Ann Arbor sowie den Internationalen Währungsfonds (IWF) in Washington, D.C.

Er gilt als einer der führenden Wissenschaftler aus dem Gebiet der Geldtheorie und Währungspolitik. Von 1988 bis 1990 war Issing Mitglied des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung. Anschließend wechselte er ins Direktorium der Deutschen Bundesbank. Von 1998 bis 2006 war er Mitglied im Direktorium sowie Chefökonom der EZB und maßgeblich am Entwurf ihrer geldpolitischen Strategie beteiligt. Er ist seit 2007 „International Advisor“ der Investmentbank Goldman Sachs und bereits seit Juni 2006 Präsident des Center for Financial Studies (CFS) an der Universität Frankfurt. Im Oktober 2008 übernahm Issing den Vorsitz einer Expertengruppe, die im Auftrag der Bundesregierung Vorschläge für eine Reform der internationalen Finanzmärkte erarbeiten sollte.

Von Otmar Issing liegen zahlreiche Publikationen u.a. zur Währungsordnung und Geldtheorie vor.

Otmar Issing beginnt seinen Vortrag mit einem Zitat des französischen Währungsexperten Jacques Rueff aus dem Jahr 1950: Europa wird durch das Geld geschaffen oder es wird nicht existieren. Bundeskanzler Kohl sagte im November 1992 bei der Vorstellung des Maastricht-Vertrags im Deutschen Bundestag, es wäre abwegig zu denken eine Währungsunion könne auf Dauer existieren ohne eine politischen Union. Der damalige portugiesische Ministerpräsident António Guterres äußerte 1995: Du bist Petrus der Fels und auf diesem Felsen will ich meine Kirche bauen - du bist Euro der Fels und auf diese Währung wollen wir unser Europa bauen.

Wenn die Währung und das Geld derart überhöht werden, können die Erwartungen nur enttäuscht werden. Sind wir am Ende oder wird es ein Weg direkt in die politische Union sein? Richard von Weizsäcker sagte, eine gemeinsame Außenpolitik bekommen wir nur über die Währungsunion und das wird nicht billig. Mit dieser letzten Aussage sollte Weizsäcker Recht behalten. Allerdings: Von der Währungsunion führt kein Weg zur gemeinsamen Außenpolitik, wenn man die nicht von vornherein will. Aber kann der Euro als Schrittmacher dienen? Oder kann die Währungsunion nur überleben, wenn Europa die politische Union bekommt? Die Idee, dass man über Geld zu Gemeinsamkeiten kommt, zu denen man anders nicht findet, ist alt, doch hatte man nach dem II. Weltkrieg auch weitgehende politische Ambitionen. Doch die geplante europäische Verteidigungsgemeinschaft z.B. scheiterte.

Zur Europäischen Union gehören heute 28 Länder mit über 500 Millionen Menschen. Wir

sollten nicht vergessen, es ist das Europa der Freiheiten, nicht nur der ökonomischen Freiheiten. Den jungen Leuten steht die Welt offen. Das ist die Zukunft für Europa. Die Einführung des Euro zum 1. Januar 1999 war auf der einen Seite die Vollendung des einheitlichen Marktes, weil Währungsschwankungen, Währungsrisiken die Märkte trennen. Aber die Einführung des Euro ist gleichzeitig weit mehr als ein ökonomisches Ereignis. Als die Kolonien selbstständig wurden, war das Erste was man tat, eine Notenbank zu gründen, eigenes Geld zu schaffen. Es ist ein staatsbildendes Element.

Europa hat längst Elemente einer politischen Union. Die Europäische Zentralbank ist ein wichtiges institutionelles Element. Insofern war die Einführung des Euro und die Errichtung der EZB zum 1. Juni 1998 ein wichtiger Schritt, der weit über das Ökonomische hinausging. Die einzelnen Länder haben Kompetenzen auf dem Gebiet der Währungspolitik auf eine supra-nationale Institution übertragen. Das ist ein wichtiger Verzicht auf Souveränität. In keinem Land wurde das so deutlich, teilweise schmerzlich empfunden wie in Deutschland, wo es ja eine besondere Affinität der Bürger und Bürgerinnen zu ihrer Währung gab.

Kann nun eine krisengeschüttelte Währungsunion wirklich ein Element, ein Instrument sein, das hin zur politischen Union führt? 1999 hat man den Schritt in die Währungsunion getan ohne das Projekt der politischen Union voranzutreiben. Kohl und Genscher wären dazu bereit gewesen, Frankreich nicht. Und so ist vom ersten Tag der Existenz des Euro an die Frage offenkundig gewesen: Kann eine Währungsunion ohne politische Union überhaupt überleben? Meine ursprüngliche Meinung war, das geht nicht. Ich bin aber zu der Auffassung gekommen, wenn man es richtig macht, geht es für ziemlich lange Zeit, bis man dann tatsächlich so eng zusammen gewachsen ist, dass es zur politischen Union kommen kann.

Eine stabile Währung braucht eine unabhängige Notenbank, mit dem obersten Ziel der Erhaltung der Preisstabilität. Die Tinte unter dem Maastricht-Vertrag war noch nicht trocken als Mitterrand in einer Fernsehsendung sagte, sie werden doch nicht glauben, dass wir so eine wichtige Aufgabe wie die Geldpolitik einem Gremium von nicht gewählten Technokraten übertragen. Aber genau das hatte er ja unterschrieben. Der Euro war noch weit entfernt, aber es war keine Ermutigung für die neue Währung.

Aus der Geschichte wissen wir, dass eine stabile Währung und solide öffentliche Finanzen zusammengehen müssen. Daher bestanden die Deutschen darauf, den Fiskal- und Wachstumspakt einzuführen. Als Deutschland aber 2003 zusammen mit Frankreich die Kriterien des Pakts nicht erfüllte, war er eigentlich erledigt. Ausgerechnet das Land, das auf den Pakt bestanden hatte, hat gegen ihn ganz bewusst und offen verstoßen.

Als disziplinierendes Element der Notenbank war zudem die „No Bailout-Klausel“ gedacht. Das ist das Verbot, dass man die Probleme eines Landes über die Gemeinschaft oder andere Länder löst. Jedes Land ist für seine Fehler selbst verantwortlich. Diese Klausel wird fast jeden Tag verletzt. So wie der Stabilitätspakt permanent angepasst und verletzt wird.

Die Bankenunion besteht aus drei Elementen: einer einheitlichen Aufsicht über die Banken, einem Abwicklungs- und Restrukturierungsfond und einer gemeinsamen Einlagensicherung. Die Bankenaufsicht liegt mittlerweile bei der EZB. Sorge im Hinblick auf den europäischen Prozess bereitet die Tendenz, dass europäische Ausgaben, Verpflichtungen und Verbindlichkeiten ohne demokratische Legitimierung bleiben. Wenn der Deutsche Bundestag beschließt einem Land X die Summe Y zu schenken oder als Kredit zu gewähren, ist das eine demokratische Entscheidung. Wenn das allerdings ohne demokratische Legitimierung geschieht, dann ist das undemokratisch. Das ist „taxation without representation“. Das lässt sich am besten auf einen einfachen Nenner gebracht verdeutlichen: Eurobonds. Ein einzelnes Land gibt eine Anleihe aus für die alle haften. Das führt dazu, dass dieses Land sofort von den

Märkten und den Rating-Agenturen einen sehr viel höheren Gläubigerstatus bekommt, ohne selbst etwas dafür tun zu müssen. Das ist nicht gerade ein Anreiz für eine stringente Haushaltspolitik. In den Ländern, die haften, steigt der Zins, und ihr Rating sinkt mit dem steigenden Ausmaß der Verpflichtungen. Eurobonds, und alles was danach aussieht, sind Elemente eines Transfers von Steuerzahlergeld ohne demokratische Legitimierung. Auf einer solchen Basis kann man Europa nicht aufbauen.

Europa hat eine Verantwortung übernommen, aber Wachstum kann nur geschaffen werden, wenn die einzelnen Länder ihre Gesetze sowie ihre Arbeitsmärkte deregulieren. Allerdings hat die Krise in den entscheidenden Krisenländern dazu geführt hat, dass Reformen unternommen wurden, die vorher unmöglich schienen. Unter dem Druck der Krise ist eine Menge geschehen und es gibt Zeichen dafür, dass es wieder aufwärts geht. Zum Beispiel auch in Griechenland. Wenn man die Länder weltweit nach den Reformmaßnahmen ordnet, die in den letzten fünf Jahren durchgeführt wurden, steht Griechenland mit ganz vorn. Länder, in denen so gut wie gar nichts passiert, sind Frankreich und Italien. Der neue Ministerpräsident Renzi hat eine große Arbeitsmarktreform angekündigt und dabei kam ein „Reförmchen“ heraus. Aber auch Deutschland hatte eine lange Durststrecke und hat bewiesen, dass man sich aus einer Arbeitslosigkeit von über 5 Millionen wieder empor arbeiten kann.

Die politische Union ist nach wie vor eine der großen europäischen Visionen. Aber es ist ein großer Vertrauensschaden entstanden. Wir sind mit der Währungsunion möglicherweise an die Grenze dessen gestoßen, was die Völker in Europa untereinander bereit sind auszuhalten. Jetzt einfach weiter zu gehen ist wenig überzeugend.

Die europäische wirtschaftliche Integration ist nicht alles. Aber ohne wirtschaftlichen Erfolg sind die europäische Währungsunion und die Europäische Union nicht überlebensfähig. Europa kann eine Rolle in der Welt nur vereint spielen und nur ein starkes Europa kann diese Rolle spielen. Und stark ist es nur, wenn es wirtschaftlichen Erfolg hat. Die Chinesen z.B. sind nur von Europa beeindruckt, wenn es Wachstum aufweist, die Arbeitslosigkeit reduziert und Erfolge erzielt. Dann ist es für das Großreich auch ein politisches Gewicht. Deswegen ist ganz wichtig, dass bei allen Schwierigkeiten der Währungsunion, die Europäische Union und der einheitliche Markt überleben und nicht gefährdet sind.

Auszug aus der Diskussion

Frage: Es gibt wissenschaftliche Stimmen, die sagen, dass der Crash 2007 eine Folge der Geldmengenausweitung war und dass diese Fehlentwicklung mit noch mehr Geldmengenausweitungen in den letzten Jahren bekämpft wurde. Wenn man das, was zur Krise führte mit noch mehr desselben bekämpft, dann riecht es immer nach einer Blase, die platzt. Wir bemerken ja, dass trotz Geldmengenausweitung, die Inflation einfach nicht steigt.

Antwort: Mit dem Ausdruck Geldmengenausweitung muss man vorsichtig sein. Es ist sehr viel Liquidität geschaffen worden, aber die Geldmenge auf die es ankommt, womit Menschen und Organisationen kaufen bzw. investieren, steigt nur ganz schwach an. Das Kreditvolumen steigt nur schwach an und deswegen ebenso auch die inflationsrelevante Geldmenge. Was aber wieder kommt, sind die Blasen. Die Bundesbank hat einige Untersuchungen gemacht und stellte fest, dass in Deutschland auf nationaler Ebene keine Immobilienblase zu erwarten ist. In anderen Ländern schon; ganz dramatisch in London. Über die USA kann man streiten. Das, was im Moment beklagt wird, dass die Inflationsrate zu niedrig ist, das empfindet die Bevölkerung nicht als Gefahr. Das ist ein Geschenk z. B. der

weltweiten Energiemärkte an die Volkswirtschaft. Das ist nicht beklagenswert, sondern es stärkt die Kaufkraft.

Frage: Inwiefern kann der Euro auch als eine Art deutsches Produkt betrachtet werden wenn man es gesamthistorisch sieht?

Antwort: Solche Fragen bringen mich auf die Palme. Als ich zur EZB ging, habe ich mich nie als der Deutsche in der EZB empfunden, nie als Wiederholung der deutschen Bundesbank unter europäischen Vorzeichen, sondern mehr als Vertreter einer Politik, die den Auftrag hat, den Euro zu einer stabilen Währung zu machen und die Inflationsrate niedrig zu halten. Meine Argumente waren nicht die eines deutschen Ökonomen, sondern eines Ökonomen oder Notenbankers, der diesen Auftrag ernst nimmt. Dass das zunehmend als deutsch empfunden wird, das gehört zu den ganz schlimmen Entwicklungen. Jedes Land, das dem Euro beigetreten ist, tat das in der Erwartung, dass das es eine stabile Währung ist. Und wenn Länder eine stabile Währung wollen, dann müssen Sie bestimmte Bedingungen erfüllen. Und wenn diese nun zufälligerweise mit dem, was die Bundesbank früher gemacht hat, übereinstimmen, wird daraus doch kein deutsches Projekt. Aber im Moment wird das zunehmend so wahrgenommen und von führenden Politikern und Politikerinnen anderer Länder auch so propagiert. Das schürt Missgunst sowie Schlimmeres. Und das ist genau das, was der Euro nicht verträgt.